

# Bundestagsabgeordneter Hubert Hüppe veröffentlicht Steuerbescheid

Der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe veröffentlicht auf seiner Internetseite seinen aktuellen Steuerbescheid und legt somit seine Einkommensverhältnisse offen.



Hubert Hüppe  
(Foto: Deutscher Bundestag/Foto- und Bildstelle)

„Ich habe nichts zu verstecken und gehe neben meiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter keiner weiteren Tätigkeit nach. Ich möchte mit der Offenlegung auch zu mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger beitragen“, so Hüppe.

Hüppe war 1998 der erste Abgeordnete, der seinen Einkommensteuerbescheid im Internet offenlegte. Inzwischen folgen viele seinem Beispiel. „Ich will, dass die Leute wissen, woran sie bei mir sind. Ich konzentriere mich auf mein Mandat und habe weder einen Nebenjob, noch erhalte ich Honorare für Vorträge bei Lobbyisten. Die einzigen Nebenämter die ich habe, sind Ehrenämter, insbesondere bei Behindertenverbänden, wofür ich natürlich kein Geld bekomme. Ich habe im Steuerbescheid allerdings die Angaben zu meiner Frau geschwärzt, um

ihre Daten zu schützen. Sollte jemand keinen Zugang zur Internetseite haben, versende ich die Unterlagen auch gern per Post.“

Unter [www.huberthueppe.de](http://www.huberthueppe.de) in der Rubrik „Über mich/Einkommen“ ist der Steuerbescheid von 2015 einzusehen. Dort kann man neben dem Gehalt auch die steuerfreie Kostenpauschale einsehen. Für die Zusendung per Post kann sich jeder telefonisch an Hüppes Büro in Berlin wenden, 030 – 227 77302.

Die Abgeordneten erhalten für ihr Mandat eine finanzielle Entschädigung. Die so genannten Diäten sollen Verdienstaufwände ausgleichen, die den Abgeordneten durch die Ausübung ihres Mandats entstehen, und ihre Unabhängigkeit garantieren. Ihre Höhe wird auf Grundlage einer Empfehlung des Bundestagspräsidenten vom Bundestag beschlossen. Sie orientiert sich unter anderem an der Höhe der Bezüge der einfachen Richter bei einem Obersten Gerichtshof des Bundes. Die Abgeordnetenentschädigung beträgt seit dem 1. Juli 2017 monatlich 9.541,74 Euro. Die steuerfreie Kostenpauschale soll die durch die Ausübung des Mandats entstehenden Aufwendungen abdecken. Die Pauschale wird jährlich zum 1. Januar an die Lebenshaltungskosten angepasst und beträgt derzeit 4.318,38 € monatlich.

---

## **Kaczmarek besucht Kik-Europazentrale: Unternehmen will den US-Markt erobern**

Im Rahmen seiner „Gemeinsam stark für morgen“-Tour besuchte der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek jetzt die Kik-Europazentrale, die an ihrem Standort in Bönen rund 800 Mitarbeiter beschäftigt. Zusätzlich arbeiten etwa 470 Mitarbeiter in der Kik Logistik GmbH sowie ca. 50 Mitarbeiter im E-Commerce-Lager in Unna. Kik gehört damit zu den größten Arbeitgebern in der Region.

Neben einem Blick in die Qualitätssicherung, in das Prüflabor sowie das Hochregallager im Unternehmen stand auch ein Gespräch mit Patrick Zahn, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, auf dem Programm. Zahn skizzierte nicht nur die Firmengeschichte und die Expansionsbestrebungen des Textilunternehmens. In den kommenden fünf Jahren, so machte er deutlich, plane das Unternehmen die Eröffnung von etwa 1.400 neuen Filialen in Deutschland und Europa. Überdies sei für 2019 der Markteintritt in den Vereinigten Staaten geplant. Der Geschäftsführer ging auch ein auf strittige Themen – wie die zurückliegenden Fabrikunglücke in Produktionsländern – und äußerte sich zu Fragen nach den Herausforderungen für Textilhandel und Logistik, Produktionsbedingungen sowie die Bedeutung von Tarifverträgen.

„Kik ist ein bedeutender Arbeitgeber für die Region, und der Textilhandel steht vor großen Herausforderungen“, erklärte Kaczmarek. „Mir ist wichtig, dass die Unternehmen grundsätzlich gute Qualität, faire Produktionsbedingungen und gute Arbeit miteinander verbinden.“ Und weiter: „Positiv ist mir bei Kik aufgefallen, dass Kik sich im Rückblick selbstkritisch betrachtet, bereit ist zur Veränderung, Qualität von Produkten und Beschäftigungsverhältnissen in den Fokus rückt und auch über kontroverse Themen offen diskutiert.“

---

## **Stadt will 18 Bäume am Alkenbach fällen – BUND ist dagegen**

Die Stadt Bergkamen will 18 Bäume in Oberaden fällen lassen. Konkret handelt es sich um 17 Weiden und einen Spitzahorn. Die Bäume stehen entlang eines beliebten Rad- und Fußweges Am Alkenbach. Die etwa 500 Meter lange Baumreihe hier ist ein

geschützter Landschaftsbestandteil.



Baumreihe am Alkenbach.

Foto: Bund

Auch für den Laien sei erkennbar, dass nicht alle Bäume in einem guten Zustand sind. Doch „Immer öfter sehen wir, dass Bäume gefällt werden sollen, weil sie stören oder Dreck verursachen“, sorgt sich Silvia Lippert, von der Kreisgruppe Unna des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

„Im vorliegenden Fall verursachen die Weiden Kosten. Ihre Wurzeln sollen an einem benachbarten Feld die Drainage durchlöchern haben. Der Schaden beläuft sich auf 2.376 Euro. Auch der Fuß- und Radweg zeigt deutliche Wurzelschäden. Die aber nimmt wohl jeder gern in Kauf, wenn dafür die Bäume erhalten werden. Nicht zuletzt wird die Verkehrssicherheit angeführt, ein Todesurteil für jeden Baum“, so Silvia Lippert.

Die gefällten Bäume sollen durch Nachpflanzungen ersetzt werden.

---

# Serie „Zurück zur Natur“ – Heute: Bauen in der freien Landschaft

Familien entdecken das Kleingärtnern neu für sich, Flüsse wie die Seseke und die Lippe werden renaturiert, Erholungssuchende erfreuen sich an Streuobstwiesen und Hecken, in denen jede Menge Leben steckt: „Zurück zur Natur“ lautet ein Motto, das erfreulich aktuell ist – und nicht nur der Natur, sondern auch den Menschen gut tut.



Der Kreis Unna ist schön (hier die Lippeauen mit dem Naturfreibad Heil) – und das soll auch so bleiben. Deshalb gibt es beim Bauen in der freien Landschaft strenge Regeln. Foto: Hans Blossey – Kreis Unna

Denn in einer Zeit, in der sich vieles beschleunigt, wollen sich viele etwas Ursprünglichkeit zurückholen. Und das klappt

in der Natur gerade im Sommer am besten. In der Serie „Zurück zur Natur“ zeigt die Untere Naturschutzbehörde viele Beispiele auf, wie Naturschutz im Kreis Unna gelebt wird. Praktische Tipps inklusive.

Der Naturschutz hat im Kreis Unna übrigens einen besonderen Stellenwert – denn wer am Wochenende mal schnell raus aus der großen Stadt und hinein in die freie Landschaft will, der sucht sich häufig ein grünes Plätzchen im Kreisgebiet aus. Ob zum Spaziergehen, zum Angeln, zum Reiten, Kanu fahren oder zur Radtour: Wo viele unterschiedliche Interessen mit der Umwelt in Einklang gebracht werden wollen, sind gerade hier klare Spielregeln für den Umgang mit der Natur von Nöten.

Diese Regeln hat der Kreistag des Kreises Unna nach umfangreichen Bürgerbeteiligungen in seinen Landschaftsplänen festgelegt. Die Landschaftspläne setzen Schutzgebiete wie Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete fest.

Wer unter [www.geoservice.kreis-unna.de](http://www.geoservice.kreis-unna.de) in der Kartensteuerung „Natur und Landschaft“ anklickt, sieht, wo diese Gebiete liegen und was in diesen Gebieten erlaubt oder zum Schutz von Natur und Landschaft verboten ist.

## **Heute: Bauen in der freien Landschaft**

Nicht auf Sand gebaut, aber in der freien Landschaft: Das kann schnell auf dasselbe herauskommen. Denn ob Schuppen, Gartenlaube oder Gitterzaun – erlaubt ist nicht überall, was gefällt. „Das gilt vor allem im Landschafts- und Naturschutzgebiet“, erklärt Peter Driesch, Leiter der Unteren Naturschutzbehörde beim Kreis Unna.

Wer in der freien Landschaft des Kreises Unna spazieren geht, stößt dort auf zahlreiche Bauten. Alte, zum Teil wunderschöne und malerisch gelegene Höfe prägen das Landschaftsbild. Mancherorts sticht aber auch etwas ganz anderes ins Auge: Zusammengezimmerter Schuppen, Lagerplätze oder Grillhütten sind keine Seltenheit. Vieles muss vom Bauherren umgehend wieder

abgerissen werden.

„Insbesondere zum Schutz des Landschaftsbildes ist es in Landschafts- und Naturschutzgebieten verboten, bauliche Anlagen zu errichten, selbst wenn diese keiner Baugenehmigung bedürfen“, klärt Peter Driesch auf. Unter dieses Verbot fallen nicht nur Häuser und Ställe, sondern z.B. auch Gartenhütten, Lagerplätze, Reitplätze und Zäune. Ortsübliche Weidezäune sind erlaubt.

Von diesen Verboten kann die Naturschutzbehörde unter bestimmten Umständen eine Ausnahme machen und eine Genehmigung erteilen. „Diese Regel gilt insbesondere für Landwirte, die ihre Gebäude ausschließlich im Außenbereich errichten können“, unterstreicht Driesch. Neue Bauten in der freien Landschaft müssen dabei in der Regel durch Sträucher eingegrünt werden, damit die Schönheit der Landschaft im Kreis Unna auch für nachfolgende Generationen noch erlebbar bleibt. PK | PKU

---

## **Kaczmarek freut sich über die Bewilligung der Breitbandanträge von Bergkamen und Co.**

Aus dem milliardenschweren Bundesprogramm für superschnelles Breitband profitieren auch Kommunen aus dem Kreis Unna. „Der Gemeinschaftsantrag der Kommunen Bergkamen, Kamen und Bönen sowie der Antrag der Stadt Fröndenberg auf Gewährung einer Förderung für Infrastrukturprojekte wurden positiv beschieden“, freut sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek über ein entsprechendes Schreiben aus dem

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Bergkamen, Kamen und Bönen haben Anfang des Jahres gemeinschaftlich Fördermittel in Höhe von 14,3 Mio. Euro beantragt, um ein Breitbandnetz zu bauen, das alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen mit schnellem Internet versorgt. Fröndenberg hat Fördermittel in Höhe von 2,3 Mio. Euro beantragt.

„Die Versorgung mit Breitband entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unserer Region“ sagt Kaczmarek. Die Bundesförderung sei eine großartige Chance. Nicht allein wegen der Förderung, sondern wegen der Notwendigkeit, in diesem Bereich etwas zu bewegen.

---

## **CDU: Nummern an Ruhebänken geben Rettungsdiensten bessere Orientierung**

Die Bergkamener CDU-Fraktion hat jetzt zwei Anträge der JU und der Senioren Union vom jüngsten Parteitag in die offizielle politische Diskussion gebracht. Bei einem geht es darum, dass jede Ruhebank im Stadtgebiet eine Nummer erhalten soll, die in Notfällen von den Rettungsdiensten schnell lokalisiert werden kann. In dem zweiten Antrag geht es darum, die Stellen auf öffentlichen Verkehrsflächen aufzulisten, und für deren Beseitigung zu sorgen, bei denen Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwagen in Schwierigkeiten geraten könnten, .

Die Vorsitzende des Bergkamener Senioren Union Rosemarie

Degenhardt hat bei der Forderung nach einer Nummerierung einen konkreten Vorfall vor Augen, der sich vor einigen Jahren auf den Bergehalden abgespielt hatte. Ein Mann hatte sich damals so schwer verletzt, dass er nur mithilfe der Rettungsdienste das Gelände verlassen konnte, um anschließend ärztlich behandelt zu werden. Mit seinem Handy konnte er zwar die Feuerwehr alarmieren, den Rettungskräften konnte er aber nicht sagen, wo er sich genau befand.

Zwar hatte der RVR vor einigen Jahren dieses Problem erkannt, dass für alle Halden des Ruhrgebiets gilt. Es wurden auch schon Schilder, die eine Ortung im unwegsamen Gelände ermöglichen sollen, präsentiert. „Geschehen sei aber dann nichts mehr“, sagte CDU-Stadtverbandsvorsitzender Marco Morten Pufke.

Bei dem zweiten Antrag für eine größere Barrierefreiheit auf den Gehwegen hat die Junge Union bereits eine gewisse Vorarbeit geleistet. Ihr Vorsitzender Tobias Hindemitt berichtete von zwei Ampeln, die mitten auf dem Gehweg postiert sind. Eine steht auf der Südseite der Jahnstraße in der Nähe der Kuhbachstraße. Hindemitt wies darauf hin, dass dort Rollstuhlfahrer und auch Kinderwagen diese Stelle nur passieren könnten, wenn sie auf die die Fahrbahn ausweichen würden.

Die CDU ist überzeugt, dass es im Stadtgebiet eine Menge solcher gefährlichen Stellen gibt. Nun erwartet sie nicht, wie Pufke betonte, dass jetzt ein Gutachter bestellt wird. Ausreichend sei es, wenn die damit befassten Mitarbeiter der Verwaltung ihre Augen offen hielten, die Gefahrenstellen auflisteten und anschließend die zuständigen Behörden darüber mit der Bitte informieren würden, die Gefahrenstellen zu beseitigen.

Beide Anträge will die CDU nach der Sommerpause die zuständigen Ausschüssen und dem Stadtrat vorlegen.

---

# Parlamentarische Patenschafts-Programm mit den USA sucht Gastfamilien

Bereits im 35. Jahr ermöglicht es das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP), ein gemeinsames Stipendienprogramm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses, 720 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Deutschland und den USA, zehn Monate im jeweils anderen Land zu verbringen. Für zehn von ihnen sucht der heimische Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe zusammen mit Experiment e.V. noch nach Gastfamilien.

Hubert Hüppe möchte den interkulturellen Austausch in seinem Wahlkreis fördern. „Dieser Austausch ist für alle Beteiligten ein unvergessliches Erlebnis. Durch die persönlichen Kontakte wird das gegenseitige Verständnis gefördert. Das ist gerade derzeit besonders wichtig“, so Hüppe. Gesucht werden weltoffene und humorvolle Familien, die ab dem 2. September einen US-amerikanischen Stipendiaten bei sich aufnehmen. Begleitet werden die Familien das ganze Jahr hindurch von Experiment e.V. und einer ehrenamtlichen Ansprechperson aus der Region.

Gastfamilie kann fast jeder werden – egal ob Alleinerziehende, Paare mit oder ohne Kinder oder Patchwork-Familien, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Wichtig sind vor allem Humor, Neugier und Toleranz sowie die Bereitschaft, den Gast als „Familienmitglied auf Zeit“ aufzunehmen – mit allen Rechten und Pflichten.

Wer Interesse hat, Gastfamilie für einen PPP-Stipendiaten zu

werden, kann sich an die Bundesgeschäftsstelle von Experiment e.V. in Bonn wenden. Ansprechpartner ist Matthias Lichan (Tel.: 0228 95722-21, E-Mail: [lichan@experiment-ev.de](mailto:lichan@experiment-ev.de)). Für deutsche Schülerinnen und Schüler, die sich für ein Austauschjahr in den USA bewerben möchten, ist Sabine Stedtfeld die richtige Ansprechpartnerin (Tel.: 0228 95722-15, E-Mail: [stedtfeld@experiment-ev.de](mailto:stedtfeld@experiment-ev.de)). Weitere Informationen zum Parlamentarischen Patenschafts-Programm gibt es unter [www.experiment-ev.de/stipendien](http://www.experiment-ev.de/stipendien).

---

## **Bundestagswahl im September: Zehn Bewerber im Wahlkreis 144 Unna I**

Bei Parteien und Wahlleitungen sind die Vorbereitungen für die Bundestagswahl am 24. September angelaufen. Der Wahlausschuss für den heimischen Wahlkreis 144 Unna I entscheidet Ende des Monats über die Zulassung der Wahlvorschläge.

Den Sprung über den Wahlausschuss auf den Stimmzettel schaffen möchten insgesamt zehn Bewerber. Neun treten als Direktkandidaten einer Partei an, einer möchte als Einzelbewerber ins Rennen gehen. Zum Wahlkreis 144 Unna I gehören Bergkamen, Bönen, Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede, Kamen, Schwerte und Unna.

Die entsprechenden Unterlagen wurden bis zum festgelegten Abgabetermin (17.07.2017, 18 Uhr) bei der Kreisverwaltung Unna als zuständiger Wahlleitung eingereicht. Über die Zulassung entscheidet der Wahlausschuss für den Wahlkreis 144 Unna I unter Vorsitz von Landrat und Wahlleiter Michael Makiolla am Freitag, 28. Juli. Die Sitzung ist öffentlich und beginnt um

13 Uhr im Sitzungstrakt im Kreishaus Unna, Friedrich-Ebert-Straße 17.

Übrigens: Die zum Kreis Unna gehörenden Kommunen Lünen, Selm und Werne sind bei der Bundestagswahl 2017 dem Wahlkreis 145 Hamm-Unna II zugeordnet. Wahlleiter ist hier der Oberbürgermeister von Hamm. PK | PKU

---

## **Brexit zeigt Wirkung: Mehr Briten wollen im Kreis Unna Deutsche werden**

Die Zahl der Einbürgerungen steigt im Kreisgebiet wieder und ein Blick in die Statistik nach Ende des ersten Halbjahres lässt vermuten: Auch 2017 wird der Pfeil nach oben zeigen.

2015 meldete die Ausländerbehörde ein „Tief“. Nach 239 Einbürgerungen im Jahr 2014 gab es im Kreis „nur“ 174 Einbürgerungen. Ein Jahr darauf ging es wieder aufwärts: 2015 erhielten 199 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit und im ersten Halbjahr 2017 waren es bereits 111 Menschen.

Menschen mit türkischen Wurzeln bilden im Kreis Unna nach wie vor die stärkste Gruppe der Neubürger. 2015 ließen sich 78 Türken einbürgern, 2016 waren es 62 und im ersten Halbjahr dieses Jahres genau 36.

Die zweitstärkste Gruppe bilden Menschen aus Polen. 2015 wurden 22 Personen aus dem Nachbarland eingebürgert, 2016 waren es 18 und im ersten Halbjahr 2017 bereits zehn.

Ab Platz drei wechseln die Nationalitäten. 2015 lagen Griechenland und Afghanistan mit jeweils acht Einbürgerungen

gleichauf. 2016 teilten sich Rumänien und Griechenland Platz drei (jeweils zwölf Einbürgerungen). Im ersten Halbjahr 2017 steht Bosnien Herzegowina mit acht Einbürgerungen hinter der Türkei und Polen an dritter Stelle.

Die Statistik zeigt auch einen bemerkenswerten Trend: Briten – in der Vergangenheit mehr als Zurückhaltend mit der Aufgabe von Krone, Queen und insularem Bewusstsein – streben nun auf den Kontinent. Die Vermutung liegt nahe, dass der „Brexit“ diesen Schritt befördert.

Die Ausländerbehörde im Kreis Unna jedenfalls hatte 2015 keine Neubürger mit britischen Wurzeln in ihrer Statistik. Das sah 2016 schon anders aus. Damals ließen sich neun Briten einbürgern. Im ersten Halbjahr 2017 waren es bereits sieben – und weitere vier Anträge liegen in der Ausländerbehörde zur Bearbeitung und Entscheidung bereits auf dem Tisch.

Was genau passiert, wenn Großbritannien rechtswirksam aus der EU austritt, vermag derzeit niemand genau zu sagen. Nach aktuellem Recht müssten Briten tatsächlich im Falle der Einbürgerung ihre britische Staatsangehörigkeit abgeben. Augenblicklich fahren sie zweigleisig: Neben der neuen deutschen Staatsbürgerschaft bleiben sie ganz offiziell auch noch Briten. PK | PKU

---

## **Arbeiten für den neuen Kunstrasen im Nordbergstadion starten am 24. Juli**

Die Fußballer des FC TuRa Bergkamen müssen sich noch bis zum Ende der Sommerferien gedulden, bevor sie auf einem mit

Gummigranulat verfülltem Kunstrasenplatz aktiv werden können. Rund 400.000 Euro hat der Stadtrat für dieses Projekt Ende vergangenen Jahres bereitgestellt.



Ortsbesichtigung im September 2016: SPD-Fraktionschef Bernd Schäfer (r.) und der stellvertretende Bürgermeister Kay Schulte (2.v.r.) mit der Spitze des FC TuRa Bergkamen im „Sandkasten“ des Nordbergstadions.

So sieht es der Bauzeitenplan vor, der mit der bauausführenden Firma, dem von der Stadt Bergkamen mit der Bauleitung beauftragten Ingenieurbüro Vennegeerts und dem Sportamt der Stadt Bergkamen abgestimmt worden ist.

Der Startschuss der Arbeiten erfolgt am Montag, 24. Juli, mit der Aufnahme des vorhandenen Sandes und dem Entfernen des Kunstrasenbelags.

Danach werden Überlaufrinnen an den Spielfeldrändern ausgetauscht und die gesamte Fläche auf das erforderliche Höhenniveau gebracht.

Der Einbau der elastischen Tragschicht als Unterbau steht dann für Mitte August auf dem Arbeitsplan, bevor dann der neue

Kunstrasen verlegt wird.

Damit endet ein Zeitraum von 20 Jahren, als 1997 das Nordbergstadion komplett modernisiert worden ist und der errichtete Kunstrasenplatz für viele andere Sportanlagen nicht nur im Kreisgebiet als Vorzeigeobjekt und Anschauungsbeispiel gedient hat.

---

## **Erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 0A 120 „Wasserstadt Aden“**

Die Arbeiten zur Vorbereitung des Geländes der ehemaligen Schachanlage Haus Aden für die Realisierung der geplanten „Wasserstadt Aden“ schreiten voran. Bisher wurden der Längshafen und das Wendebecken ausgebaggert, sowie die Spundwände am Kanal auf die zukünftige Geländehöhe verkürzt. Darüber hinaus wurden ca. 300.000 Tonnen Bodenmaterial für die Modellierung und Sanierung des Geländes gesammelt.



Aktuell wird die Ausschreibung der Ausführungsarbeiten für die Bodensanierung und die Errichtung des Adensees für Ende 2017 bearbeitet. Parallel wird für die Zechenbrache das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 0A 120 „Wasserstadt Aden“ durchgeführt.

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 0A 120 ist es, ein neues Stadtquartier mit den Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit am Wasser zu entwickeln.

Das Verfahren ist weit fortgeschritten. Aktuell hat der Rat der Stadt Bergkamen in seiner Sitzung am 28.06.2017 den überarbeiteten Entwurf zum Bebauungsplan Nr. OA 120 „Wasserstadt Aden“ einschließlich Begründung mit Umweltbericht gebilligt und dessen erneute öffentliche Auslegung beschlossen. Aufgrund der vorangegangenen Offenlagen wird die Dauer der erneuten Offenlegung auf zwei Wochen verkürzt.

Der überarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes liegt dementsprechend in der Zeit vom 24.07.2017 bis einschließlich 07.08.2017 zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Die Offenlegung erfolgt während der Dienststunden montags, dienstags und donnerstags von 8.00 bis 16.00 Uhr, mittwochs von 8.00 bis 14.30 Uhr und freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr im Sachgebiet Stadtplanung und Demografie, Zimmer 519, Rathausplatz 1 in 59192 Bergkamen. Während dieser Auslegungsfrist können zum überarbeiteten Entwurf des Bebauungsplanes schriftlich Stellungnahmen vorgebracht oder im Sachgebiet Stadtplanung und Demografie der Stadt Bergkamen zur Niederschrift erklärt werden.

Zusätzlich zu der öffentlichen Auslegung im Rathaus können alle Unterlagen zur Auslegung sowie die ortsübliche Bekanntmachung bereits ab dem 17.07.2017 auch auf der Internetseite <http://www.stadtplanung-bergkamen.de> unter „Aktuelle Beteiligung“ eingesehen werden. Hier besteht auch die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.